Lecha Patriot.

Allentaun, Sept. 4, 1851.

Unsere Auswahl für 1852.

Für Präsident:

Maj. Gen. Winfield Scott.

Demokratische Whig Ernennungen

Für Gouvernör:

William F. Johnston,

von Armstreng Caunty.

Für Canal-Commissioner:

John Strohm, von Lancaster.

Für Richter der Supreme Court:

Richard Coulter, von Westmoreland.
Joshua W. Comly, von Menteur.
George Chambers, von Franklin.
William M. Meredith, von Philadelphia.
William Jessup, von Susquehanna.

☞ Siehe auch erste und vierte Seite.

☞ **„Zwei Pillen** und ihre Verschlucker" (eine Einsendung) soll nächste Woche erscheinen.

Taxbezahler nehmet Obacht!

☞ Morton McMichael, Esq., einer der Editoren des „North American" zu Philadelphia, gedenkt uns am nächsten Freitag (Sept. 5) einen Besuch abzustatten, und des Abends eine Rede in dem hiesigen Courthause an die Freunde des Gen. Scott und Gouv. Johnston zu halten. — Man wohne bei und höre ihn. Er ist ein fertiger Redner und Niemand wird es bereuen gegenwärtig gewesen zu sein.

Das Volk ist erwacht!

Die Caunty-Versammlung am letzten Samstag.

Die Caunty-Versammlung der Whigs und wahren Demokraten am letzten Samstag war in der That eine „Monster-Versammlung." Mit einem Wort, es war dies die größte Caunty Versammlung der wir je beigewohnt haben, und wir glauben auch bestimmt die größte, die je außerhalb der Stadt Allentown in Lecha Caunty gehalten worden ist. Wir bedauern daß es uns an Raum gebricht, dieselbe umständlich zu beschreiben; auch erachten wir es nicht für nöthig, indem die Stärke derselben jeden überzeugt haben wird, daß das Volk erwacht ist. — Am Morgen jenes Tages verließ der schönste und stärkste Omnibuß- und Wagenzug unsere Stadt, der noch je durch unsere Straßen [illegible] „Brass-Band," die uns während dem ganzen Tage mit ihren lebhaften Tönen erfreute. — Zu Mechanicsboro angelangt, hatte sich schon eine sehr große Anzahl Menschen eingefunden, welche sich immer noch bis in den Nachmittag anschwellte.

Als die Versammlung organisirt war, wurde dieselbe durch die Herren King, Laciar, Mohr und Reese angeredet, welche den Zustand des Landes und die im kommenden Wahlkampf verwickelten Interessen auf eine verständliche Weise auseinander setzten.— Ihre Reden geschahen in einer Sprache die Niemand beleidigte, welches den Sprechern zur Ehre gereicht.

Wie oben gesagt, zeigt diese große Versammlung daß das Volk erwacht ist. Sie zeigt daß dasselbe weis, daß es in Gouv. Johnston einen Beamten hat, der ein wahrer Freund des Volks und der Tarbezahler ist. Es weis, daß er unsere Staatsschuld bereits eine halbe Million Thaler verringert hat. Es weis, daß unsere Canal Commissioners sehr verschwenderisch waren. Es weis, daß die Richterbank mit ehrlichen und braven Bürgern gefüllt werden sollte. Ja, und das Volk weis auch und erstaunt sich darüber im höchsten Grade, daß unsere Gegner, dadurch daß sie sich für den Tariff von 1846 ausdrückten, sich zu Gunsten brittischer Interessen im Vorzug vor unsern eigenen erklärt haben, und es gedenkt dadurch seine Unzufriedenheit darüber auszudrücken, daß es bei der nächsten Wahl seine Stimmen für den ganzen Whig Staats Ticket abgeben wird; indem es einem jeden bewußt ist, daß die Whigs von jeher für einen beschützenden Tariff, und somit für die Interessen unseres eigenen Landes im Vorzug vor Großbrittanien gegangen sind.

Die Versammlung war, ihre Größe in Betracht genommen, ungewöhnlich einmüthig, welcher Einmüthigkeit im Oktober eine starke Stimmenzahl folgen wird.

Auf ihrem Heimwege begleitete die Delegation von Allentaun und Umgegend ihre Whig Brüder über Catasauqua, von wo aus wir uns dem Lecha Fluß entlang nach Hause begaben. Als wir wieder in die Stadt einzogen, war es 7 Uhr am Abend geworden, und am „Eagle Hotel" hatte sich eine Menge beschützende Tariffleute eingefunden, die unsere Ankunft mit drei kräftigen Hurrahs begrüßten. — Alles ist glücklich abgelaufen und nicht das geringste Unglück hat sich unsers Wissens eingestellt.

Buchanan in Kentucky.

Die „Hopkinsville Presse," die einzige Zeitung in Kentucky die einer Trennung der Union das Wort redet, spricht sich sehr günstig für Buchanan aus.

Wir geben dies nur um damit zu zeigen, daß die südlichen Freunde, die Buchanan hat, Anti Union Männer sind. Diese Freunde der Trennung der glorreichen Union, würden Biglers Wahl als einen Buchanan Sieg, und folglich einen Sieg zu Gunsten einer Trennung der Union betrachten. Wenn Euch also unsere Gegner sagen sie seien die ausschließlichen Freunde der Union, so sagt ihnen gerade vor ihrer Nase, daß sie wieder das „Doppel Gesicht" spielen, wie sie dies auf den Tariff von 1842 gethan haben.

Leset! Leset! Leset!

Beschützende Tariffleute seht nach Euren Interessen!

Bei der Versammlung unserer Gegner in Berks Caunty am 5ten August, war Peter Filbert Esq., einst ein Mitglied in der Gesetzgebung, und ein sehr hervorragender Mann in ihren Reihen, einer der Redner. Er scheint mehr ehrlich zu sein als die Redner jener Partei gewöhnlich sind.

Er gab zu daß unsere große Staatsschuld unter den Gouvernören Schultz, Wolf und Porter gemacht worden sei, und hat sich in nicht gelinder Sprache gegen Ex-Gouv. Wolf ausgesprochen. Was sagen diejenigen hiezu die bisher immer haben wollten, Ritner habe dieselbe vermehrt?

Hinsichtlich des Tariffs war Herr Filbert gleich ehrlich. Er sagte

das Beschützungs System in allen seinen Formen und Wirkungen, sei eine aus und aus Whig Maßregel, in welchem, und mit welchem die demokratische Partei gar keinen Antheil habe. Das Herz der Demokratischen Partei in den nördlichen Staaten schlage immer mit dem ihrer südlichen Brüder in Uebereinstimmung für Freien Handel. Daß die größte Schwierigkeit in den Freien Staaten, unter den Demokraten die sei, daß die arbeitende Classe stark zu Gunsten von Beschützung sei, welches die Partei bisher verhindert habe, den Freihandels Grundsatz dauernd anzunehmen, welcher nicht mehr und nichts weniger sei als die Aufhebung der Custom Häuser und die der Revenue Beamten, und seine Zuflucht zu ☞ **direkter Taxirung** für die Unkosten der Regierung zu nehmen, und zu diesem würde es und müsse es kommen, ☞ und wenn dadurch alle Eisenwerke, Kohlengruben und Manufakturen die Thüren schließen müßten, und die Arbeiter aus Arbeit geworfen werden würden.

Ein solcher Plan würde, glaubt Filbert, das Volk mehr demokratisch halten. Aber Gott bewahre uns vor einem solchen Plan!

Taxbezahler! Bürger Pennsylvaniens! hier habt Ihr nun die Wahrheiten auf eine verständliche Weise niedergelegt. Es ist also eine ausgemachte Thatsache, die bisher von vielen unserer Gegner geläugnet und von andern verheimlicht werden ist—allein „die Katze ist aus dem Sack,"—daß unsere Gegenpartei dahin zielt, einen „freien Handel" auf uns zu befestigen.—Dadurch gedenken sie den jetzigen Revenue Tariff auch noch zu zerstören, und uns einen ☞ direkten Tax für den Unterhalt der National Regierung aufzulegen. Dies ist gerade was wir schon Jahrelang dem Volk vorgestellt haben, aber immer wurde es geläugnet und somit die Stimmgeber bewogen gegen sich selbst zu handeln. Wollt Ihr dies jetzt fernerhin thun, da Ihr nun die Wahrheit von einem Bürger Euerer eigenen Partei erfahren habt? Hoffentlich nicht! Denn welcher Erz-Eigner, Erz-Gräber, Erz-Fuhrmann oder Arbeiter an den Eisenwerken könnte für die Candidaten einer Partei stimmen, die sich öffentlich für Freien Handel erklärt hat?

Auf daher! Ihr beschützende Tariffleute, Auf! auf! ehe es zu spät ist! Unsere Gegner sind nicht damit zufrieden, Euch schwere Taxen für den Unterhalt der Staats-Regierung aufgelegt zu haben. Sie wollen nun noch weiter gehen, und wollen dem Volk von Pennsylvanien noch einen andern zusätzlichen direkten Tax für den Unterhalt der National Regierung auflegen!! Ist das Volk bereit für diesen neuen und schändlichen Plan, wie derselbe nun offen vor Euch gebracht ist, und noch in ihren gepriesenen „Alt Berks" Wenn das Volk für dieser Wahl zum Gouvernör erwählten und die ganze Gewalt in die Hände unserer Gegner geben, und bald werden sie diesen Plan in seiner ganzen Pracht sehen und fühlen. Alle und Jede aber, die gegen diesen Verderben, Zerstörung und Ruin bringenden Plan sind, müssen für W. F. Johnston und die beschützenden Tariff oder Whig Candidaten überhaupt stimmen. Stimmgeber dies ist eine höchst wichtige Sache, die ihr wohl bedenken sollt ehe Ihr stimmt. Laßt Euch nur nicht wieder von Euerer Pflicht davon abhalten daß man Euch sagt, Herr Filbert habe dies nicht gesagt. Filbert hat dies gesagt, dies können wir immerhin beweisen— und daß er nicht mehr und nicht weniger als den Gedanken der Parteileiders ausgesprochen hat, ist ebenfalls nur zu wahr.

Tarbezahler sehet hier!

William Bigler ist für eine Vermehrung der Staatsschuld!

Bigler sagte in seiner Rede zu Towanda, am 16ten August, daß er dafür sei, „den Nordweig Canal schnell zu vollenden." „Aber," sagte er, „dazu werden Thaler und Cents verlangt, und ich bin dafür, das Geld auf einen gerade für sich gehenden Weg zu erlangen, und die Einkünfte des Canals zur Bezahlung der Interessen zu verpflichten." Er will also das Geld borgen und dadurch die Staatsschuld wieder wenigstens Eine und eine halbe Million Thaler vermehren! Gouvernör Johnston hat verschiedene Summen zu diesem Werk verwilligt, aber ohne die Staatsschuld zu vermehren,— sondern gewisse Einkünfte in der Schatzkammer wurden dazu verwandt, und dadurch ist die Arbeit daran fortgesetzt worden. — Der „Bradford Argus" bestätigt das Obige, welches durch ein Privatbrief erhalten wurde.

Taxbezahler nehmet Obacht von Obigem! Viele Lekefekes haben sich dagegen laut werden lassen, daß Johnston Geld für die Fortsetzung dieses Werks, ohne zu borgen, verwilligt hat. Was werden sie aber nun von Bigler denken, welcher öffentlich erklärt daß er **$1,500,000 00** borgen würde, um jenes Werk zu vollenden? Werden sich die Stimmgeber diesem Geldborgen nicht entgegen setzen? Wenn dieselben glauben daß unsere Staatsschuld und unsere Taxen hoch genug sind, so müssen sie für Johnston stimmen. Sind sie aber dafür daß noch mehr Geld geborgt und unsere Staatsschuld wieder um $1,500,000 00 vermehrt werden soll, dann laß sie für Bigler stimmen, der öffentlich erklärt hat, daß er es thun würde.

Taxbezahler leset!

Und haltet es im Gedächtniß!

Daß am 30sten November 1848 die Staatsschuld sich belief zu .	$40,848,598 41
Daß am 30sten November 1850 dieselbe sich nur, mit Einschluß der „Inclined Plane" Anleihe, belief auf . . .	40,310,394 84
Abnahme unter Gouv. Johnston in zwei Jahren . .	**$538,203 57**

Der Belauf der Schuld wie eben angegeben ist, schließt die $100,000 Anleihe in sich, die gemacht wurde um die „Inclined Planes" (neigende Flächen) an der Schuylkill zu umgehen. So daß trotz dieser Anleihe für dieses so sehr nöthige Staatswerk, und trotz der Verwilligung von $150,000 für die Vollendung des Nordzweig Canals, Gouv. Johnston dennoch in den zwei ersten Jahren seiner Regierung Fünf Hundert und Acht und Dreißig Tausend, Zwei Hundert und Drei Thaler und Sieben und Fünfzig Cents abbezahlte.

Wenn diese Anleihe nicht gemacht worden wäre, so hätte Johnston in den ersten Jahren seiner Regierung die Staatsschuld um **938,000** Thaler—ganz nahe an einer Million Thaler—reduzirt. Wie es ist, so hat er jene 150,000 an den Nord Zweig Canal bezahlt. Die 400,000 Thaler rechnet er zu der jetzigen Staatsschuld, und doch ist dieselbe $538,203 57 niederer als sie war als er ins Amt ging. Unter den vorherigen Administrationen fielen diese Kosten nicht vor. Aber Johnston hat diese neue Kosten abbezahlt, und dennoch die Staatsschulden um eine halbe Million Thaler verringert. Dies ist eine wichtige Wahrheit für die Tarbezahler.— Haltet dieselbe im Gedächtniß. Wenn Ihr haben wollt daß das Bezahlen der Schulden so fortgehen soll, so müßt Ihr bei nächster Wahl für Johnston stimmen. Seid Ihr aber willig Taxen auf Taxen fortzubezahlen, ohne daß Eure Schuld verringert wird, dann stimmt für Bigler.

Stimme von Lecha!

Demokratische

Scott, Johnston, Strohm und Union

Caunty-Versammlung.

Zufolge öffentlicher, durch die stehende demokratische Whig Caunty-Committee gegebener Anzeige, versammelten sich am letzten Samstag eine sehr große Anzahl Bürger von Lecha Caunty, am Hause von John Schütz, in Mechanicsbere, S. Wheithall Esq., um sich über die nächste Wahl und den Zustand unseres Staats im Besonderen, so wie auch der Union überhaupt, zu besprechen. — Auf Vorschlag wurde die Versammlung durch die Ernennung folgender Beamten organisirt:

Als President:

Achtb. Henry King, von Allentaun.

Als Vice-Presidente:

Henry Yeager, Maj. Eli Steckel, Maj. John Smith, C. W. Wieand, Esq., und J. Isaac Breinig.

Als Sekretärs:

Paul Balliet, Themas Yeager und Owen Rice, Esq.

Nachdem die Versammlung zur Ordnung gerufen und die Absicht derselben auseinander gesetzt war, wurde auf Vorschlag eine Committee von 15 Personen angestellt, um Beschlüsse, den Sinn der Versammlung ausdrückend, einzuberichten—welche nachstehende einbrachten, die angenommen wurden. — Folgende Herren bildeten die Committee, nämlich:

Jesse Miller, James W. Fuller, Reuben Guth, John Freichler, Benjamin Haines, Peter Weida, Sanford Stephen, George Roth, jr., Samuel Christ, Jacob Clauß, John G. Schimpf, David Bieber, Tilghman Geed, Henry Jarrett und Jacob Grim.

Während der Abwesenheit der Committee wurde die Versammlung durch den Achtb. Henry King, J. S. Reese und E. J. Mohr, Esqs., und Herrn Laciar, sehr geschickt angeredet.

Die Beschlüsse.

Sintemal es Pflicht ist und zu den Vorrechten des Volks dieser glücklichen Republik gehört, sich öffentlich zu versammeln, für den Endzweck sich über die Beförderung des Gemeinwohls zu besprechen, und Maßregeln in Bezug darauf, so wie für die Erwählung von Männern zu gewissen bestimmten Aemtern zu treffen,— auch die Grundsätze, welche die großen Parteien des Landes scheiden, in Betracht zu ziehen: — so haben wir uns heute, unserm jährlichen Gebrauch gemäß, hier in Caunty-Versammlung eingefunden, um jene Pflichten getreulich zu erfüllen;—Daher sei es

Beschlossen—Daß wir glauben daß die Constitution der Vereinigten Staaten, wenn gehörig und weislich ausgeübt, der Beschützung von allen Theilen des Landes, der Sicherung der Interessen von allen Klassen und der Erhaltung einer nationellen Brüderschaft unter den Staaten fähig ist.

Beschlossen—Daß wir hier unsere warme, eifrige und aufrichtige Anhänglichkeit an die Constitution des Landes und an die Union der Staaten, welche sie so schön verbunden und so lange und blühend erhalten hat, erklären, und da wir keine aceardphischen Abtheilungen zur Animosität nähren, so protestiren wir fest aber achtungsvoll gegen irgend eine Uebertretung jenes Geistes der Uebereinkunft, welcher mit dem permanenten Aufbau unserer großen und mächtigen Union resultirte.

Beschlossen—Daß wir jetzt wie immer, als ein Haupt-Grundsatz, zu Gunsten der Beschützung des Amerikanischen Landbaus, der Manufakturen und aller industriellen Interessen unseres Landes sind, welche Beschützung durch eine weise und gleichmäßig geordnete Auflegung von Zöllen auf Einfuhren, mit gehöriger Unterscheidung zu Gunsten unserer eigenen Produkten, zu erlangen ist, wodurch dem Bauer, dem Handwerker und dem Arbeiter ein standhafter und gesunder Markt für seine Arbeit und seine Produkte gesichert wäre.

Beschlossen—Daß zur Erlangung dieser Beschützung es die Pflicht des nächsten Congresses ist, die Tariff-Akte von 1846 zu widerrufen, und, soviel als das Bedürfniß der Zeit erfordert, die Verkehrungen der Akte von 1842, welche so vortheilhaft auf unser Land wirkte, wieder herzustellen. Und wir instruiren unsere Repräsentanten von diesem Distrikt, alle gesetzlichen und ehrlichen Anstrengungen für einen solchen Wechsel zu machen.

Beschlossen—Daß wir höchst zufrieden auf die Regierung des Presidenten der Vereinigten Staaten, Millard Fillmore, hinblicken. Er hat unsere Interessen getreulich bewacht—hat unsere Angelegenheiten durch die gefährlichsten Drehungen einer Auflösung der Union sicher geleitet, und hat alles das in seiner Macht stand, dazu angewandt, um uns die gehörige Beschützung zu geben, wovon er aber bisher noch immer durch eine Mehrheit des Congresses verhindert wurde.

Beschlossen—Daß die unter seiner Administration passirten Compromiß-Maßregeln es verdienen von Jedermann und allen Parteien respektirt zu werden. Daß es uns höchlich freuet zu sehen, daß die demokratische Whig-Partei durch die ganzen Vereinigten Staaten, als ein Körper, dieselben gehörig respektirt, und sich daher als die wahre Union-Partei dieses großen Staatenbundes bewiesen hat.

Beschlossen—Daß wir das Betragen einiger unserer Mitbürger, welche sich in eine Partei gesellt haben die sich „demokratisch" nennt, und welche vorgeben die aufschließlichen Freunde der Union zu sein, aber dennoch an vielen Orten der Vereinigten Staaten jene Maßregeln als Whig-Maßregeln verschreien und Beschlüsse gegen dieselbe passiren,—während sie in diesem Staat, so wie überhaupt da wo dieselben populär sind, denselben Freundschaft heucheln,—höchlich verabscheuen müssen. Hat doch im Süden jene Partei in dem August-Wahlkampf beinahe durchgängig sich der Erwählung der regelmäßigen Union-Candidaten entgegengesetzt.

Beschlossen—Daß uns dieses Betragen gemeinter Bürger an ihr Verfahren in 1844, in Bezug auf den Tariff von 1842, erinnert. Damals gaben sie vor, die besten Freunde eines beschützenden Tariffs zu sein; sobald sie aber die Gewalt hatten, gaben sie ihm den Todesstoß. Sie gehen auch nun vor die besten Union-Freunde zu sein; es ist aber allbereits bekannt daß sie dies nicht sind —und folglich ist es durchaus nicht rathsam ihnen zuviel Gewalt in die Hand zu geben. „Wer über Wenigem ungetreu war, den sollte man nie über Viel setzen."

Beschlossen—Daß wir mit nicht geringem Erstaunen die Laufbahn unserer Gegner in Bezug auf einen Tariff angesehen haben. In 1844 gaben sie in Reden und Beschlüßen vor die besten beschützende Tariff-Freunde zu sein. Seit jener Zeit haben sie sich für einen Revenue Tariff erklärt, welcher "zufällige Beschützung" gebe, und nun bei ihrer am letzten Samstag gehaltenen Versammlung haben sie sich schnurstracks gegen den Tariff von 1842, und zu Gunsten desjenigen von 1846 ausgedrückt, welcher wie Jeder weiß, viele unserer Eisenwerke u. Manufakturen zu einem Stillstande gebracht,— Verderben und Ruin in den Hauptstädten unserer Union angerichtet hat, welcher Ruin auch über die ganzen Vereinigten Staaten ziehen wird, — und welches somit unwiderlegliches Zeugniß ist, daß jener Tariff von 1846 die nöthige Beschützung keinesfalls gewährt. Und ferner bemerken wir, daß unsere Gegenpartei wirklich beabsichtigt "Freien Handel" einzuführen, wie dies aus einer Rede des Peter Filbert, Esq., einer unserer Gegner, die er vor einigen Wochen in Reading hielt, deutlich hervorgeht, worin er öffentlich und unverhelen behauptete: "Zu freiem Handel müße es kommen, und wenn alle unsere Eisenwerken und Manufakturen ihre Thüren schließen, und alle Arbeiter daran aus Arbeit geworfen werden müßten, und daß das Volk direkt für die Regierungs-Unkosten taxirt werden sollte." Bringen sie es dahin, so haben wir dann gerade die Zeiten vor uns, zu welchen Buchanan sagte daß es kommen sollte, nämlich, daß der Arbeiter für 10 Cents des Tages arbeiten müße.

Beschlossen—Daß wir die nächste Gouvernörs-Wahl in diesem Staate als eine höchst wichtige ansehen, und daß ein jeder Taxbezahler seine eigenen Interessen wohl überlegen sollte, ehe er seine Stimme für dieses wichtige Amt abgibt. Dem Staat ist eine Schuldenlast von über 40 Millionen Thaler aufgeladen worden,— dessen Bürger sind schon eine lange Reihe von Jahren taxirt, ohne daß auch die Hauptschuld dadurch meldenswerth reduzirt worden ist, bis der jetzige Executive ins Amt kam, welchem es gelang—obschon ein verschwenderisches Canal-Board, so wie verschiedene Zweige unserer Staats-Gesetzgebung, alles Mögliche anwandten um ihn daran zu verhindern—über eine halbe Million Thaler daron abzubezahlen.

Beschlossen daher, Daß wir den jetzigen geprüften, sparsamen und geschickten Gouvernör, W. F. Johnston, bei nächster Wahl abermals für jene wichtige Stelle unterstützen, und alle rechtlichen Mittel anwenden wollen, um seine Wahl zu sichern; indem wir fest überzeugt fühlen, daß wir nur dadurch dafür gehen, das allgemeine Wohl und unsere eigenen Interessen zu befördern, und zwar unter andern aus folgenden Ursachen:

Weil er, sobald er ins Amt kam, einen „sinkenden Fond" anrecommandirte, um uns Taxbezahlern unsere Bürden abzunehmen.

Weil er diesen Fond so construktirte, daß derselbe dem Bauer keine neuen Bürden auflegte.

Weil dieser Fond auf sein Ansuchen und durch seine Bemühungen zu einem Gesetz geworden ist.

Weil dieser Fond bereits eine halbe Million Thaler unserer großen Schuld abbezahlt hat.

Weil wir überzeugt sind, daß er noch weit mehr abbezahlt haben würde, wäre er nicht durch ein verschwenderisches Canal-Board daron verhindert worden.

Weil wir wissen daß Gesetzgebungs-Zweige seiner Gegenpartei, mit der blesen Absicht ihn zu verhindern mehr abzubezahlen, nicht zugaben daß sich die Gesetzgebung zu gehöriger Zeit vertagte.

Weil dadurch die Gesetzgebungs-Kosten vermehrt wurden;—und am Ende haben sich diese Gesetzgeber noch Extra-Bezahlung zugestimmt; welches alles deshalb geschah, Johnston zu verhindern mehr von der Staatsschuld abzutragen.

Weil er aber doch trotz allen diesen Hindernissen die Staatsschuld mehr reduzirte, als dies unsere Gegner in 20 Jahren thun konnten.

Weil wir Ursache haben zu glauben daß, da unsere Gegner sehr bitter über diesen sinkenden Fond hergefallen sind, sie denselben widerrufen würden, falls sie ihren Candidat wählen könnten.

Weil wir glauben daß, würde dies geschehen, wir dann wieder jährlich Taxen bezahlen müßten, ohne die Hauptschuld auch nur um einen Cent verringert zu sehen.

Weil wir nicht nur allein dies befürchten, sondern inneren, wir, wenn wir das frühere Betragen jener Par- [illegible] unsere Staatsschuld wieder zunehmen würde.

Weil wir nicht nöthig haben dies unter Johnsten oder irgend einer Whig-Administration zu befürchten, indem uns öffentliche Documente die Kunde bringen, daß unsere Gegner uns die ganze Staatsschuld aufgeladen haben.

Weil wir in ihm einen der besten, fähigsten und geschicktesten Gouvernöre erkennen, den Pennsylvanien je hatte.

Weil er in allen und jeden seinen Handlungen gezeigt hat, daß er ein Freund des arbeitenden Mannes ist.

Weil er ein bekannter Freund eines beschützenden Tariffs ist, ohne welchen unser Land nie recht glücklich werden kann.

Weil er dadurch zeigt, daß er das Wohlergehen unserer eigenen Arbeiter denjenigen von Großbrittanien verzieht.

Weil er dadurch zeigt, daß er nicht liebt zu sehen, daß unser Hartgeld für Europäische Waaren nach dem Auslande geht, welche Waaren wir hier selbst verfertigen können.

Weil er weiß daß dadurch unser eigen Land verarmen, unsere Manufakturen Geschäfte einstellen und unsere Handelsleute ruinirt werden müssen.

Weil er somit für einen Daheim-Markt ist,—ja für einen dauernd guten Markt, worin dann jeder Bürger sein Interesse finden muß.

Weil er die Compromiß-Maßregeln des letzten Congresses respektirt— und weil er überall eine und dieselbe Meinung in Bezug darauf äußert, welches unsere Gegner bisher nicht gethan haben, — und wir somit in ihm einen wahren Freund der Union, der ganzen Union, und nichts weniger als der Union, gefunden haben.

Beschlossen—Daß wir seinen Gegner für die Gouvernörs-Stelle, William Bigler, nicht unterstützen können, und zwar unter andern aus folgenden Ursachen:

Weil wir ihn als unfähig ansehen, diese wichtige Stelle zu übernehmen.

Weil er einen Tax-Plan im Senat des Staats einbrachte, obschon die Constitution deutlich erklärt, daß alle Revenuen-Gesetze im Hause der Repräsentanten ihren Ursprung haben sollen.

Weil er zu der nämlichen Partei gehört, welche uns die große Staatsschuld aufgeladen hat, und wir daher Ursache haben zu befürchten, daß er uns wieder tiefer in Schulden stürzen würde.

Weil er zu der nämlichen Partei gehört, welcher 1,600 Thaler für ein einziges Jahr, als Tax auf Commissionen, fellen, ohne daß sie den Taxbezahlern bisher noch gesagt haben, wo dieselben sind.—und weil wir Ursache haben zu befürchten, daß im Fall seiner Erwählung sich solche Verluste wieder einstellen möchten, oder wenigstens obige Summe dem Staat verloren sein würde.

Weil er zu der nämlichen Partei gehört, welche 5,600 Thaler für Schreiberlohn bezahlt hat, ohne daß die Arbeit verrichtet wurde,—und weil wir befürchten, daß unter ihm dieser Schreiber seiner verdienten Strafe entgehen und der Staat diese Summe verlieren würde.

Weil er, als er im Senat war, ein besonderer Freund David R. Porter's gewesen ist, und ihm in allen seinen Plänen getreu zur Seite stand.

Weil jene Administration die verschwenderischste war, die wir je hatten, und weil die Freunde jener Administration William Bigler in Rath und That beistehen würden.

Weil, da unsere Staatsschuld, wie er selbst bekannt hat, 15 Millionen Thaler unter ihm gewachsen ist,—wir befürchten, daß Bigler, mit den nämlichen Rathgebern zur Seite, dieselbe ebenfalls wieder um Vieles erhöhen würde.

Weil er, als er im Senat war, sich dem ersten Versuch, die Canal-Commissioners durch das Volk zu erwählen, mit David R. Porter widersetzte.

Weil er sich somit schnurstracks einer Einschränkung und Reform widersetzte, wofür das Volk gefragt hatte und auch nachher erhielt,—sich somit auch als Meister und nicht als Diener betragen hat.

Weil er, als er im Senat war, im Privaten sich immer gegen Banken erklärte—aber dennoch für eine Vermehrung des Bank-Capitals gestimmt hat, und, wenn er zuweilen nicht dafür stimmen wollte, sich hinter des Sprechers Stuhl begab.

Weil wir daher kein Zutrauen in seine Versprechungen haben können — und weil wir seine Unbeständigkeit verabscheuen.

Weil er im Senat in drei verschiedenen Sitzungen dagegen gestimmt hat, dem Wenigstbietenden die Drucker-Geschäfte zu übergeben,—durch welche Maßregel dem Staat bereits **400,000** Thaler erspart werden sind.

Weil er sich somit auch dieser heilbringenden Reform widersetzt und dadurch gezeigt hat, daß er irgend einen Verlauf von Geld an politische Günstlinge verschwenden würde.

Weil er in seinem „Sinkenden Fond Plan" sich als ein sehr stumpfer Finanzier bewiesen hat, indem er beinahe alle Lasten den Bauern und produzirenden Klassen auflegen wollte.

Weil er in einem seiner Tax-Pläne vorschlug, Wittwen und Waisen zu taxiren, um die Staatsschuld zu bezahlen.

Weil er ebenfalls darin vorschlug, alle Tonnenlasten zu taxiren, die nicht auf den Staatswerken zu Markte befördert werden.

Weil wir dadurch, noch neben dem daß wir schon viele Jahre einen schweren Staatstax für öffentliche Werke bezahlten, aber doch keine haben um darauf nach dem Markt kommen zu können,—nochmals einen schweren Staatstax bezahlen müßten, ehe wir unsere Artikel zu Markte bringen könnten.

Weil er dadurch sich als unfähig erwiesen hat, die Angelegenheiten dieses großen Staats zu leiten,—indem dieser Plan uns, im Vergleich mit den Bürgern die die Staatswerke nahe haben, sehr ungleich taxirt haben würde.

Weil er am 16ten August in Bradford Caunty sich dahin ausgedrückt hat, daß er dafür sei, etwa Eine und Eine Halbe Million Thaler zu borgen, um den Nordzweig Canal zu vollenden.

Weil er dadurch öffentlich erklärt hat, daß er für eine Vermehrung unserer allbereits zu großen Staatsschuld ist.

Weil er in seiner „Spread Eagle" Rede erklärt hat, „es sei unweise gewesen, daß wir nicht schon vor diesem härter taxirt werden sind."

Weil er in einem Brief geläugnet hat, für das 1847 Sklavengesetz gestimmt zu haben,—während er doch in seinen Reden sagt, daß er seinen Theil des Tadels dafür tragen müsse; welches somit zeigt daß er doch dafür gestimmt haben muß;—denn hätte er nicht dafür gestimmt, warum wollte er Tadel tragen?

Weil er in seinen Reden Johnsten's „sinkende Fond" Sache dem Volk verdreht verstellt—und auch somit zu versehen gibt, daß er denselben widerrufen würde.

Weil er in seinen Reden seine Partei als die ausschließlichen Freunde der Union darstellt, wenn er doch weiß daß dieselbe darin sehr getheilt ist, und es ihm auch wohl bekannt ist, daß die Whigpartei durch die ganzen Vereinigten Staaten auf die Union oder Compromiß-Maßregeln vereinigt sind.

Weil er sich in Delaware Caunty und in der Stadt Philadelphia gegen einen beschützenden Tariff und zu Gunsten des Tariffs von 1846 erklärt hat, welch letzterer Tariff doch unwiderstreichlich England begünstigt.

Weil wir durchaus Niemand für die Gouvernörsstelle [illegible] daß er Einheimische Interessen den Ausländisch n vorzieht,—und da nun Bigler sich deutlich gegen einen beschützenden Tariff erklärt hat, und somit auch gegen unsern Heimfleiß, so verdient er durchaus keine Stimme von irgend einem Freund von Beschützung.

Weil wir noch nicht vergessen haben, daß er in 1844 in Reden versicherte, der Tariff von 1842 sei in den Händen unserer Gegner so sicher, als in den Händen der Whigs,—aber gleich nach der Wahl erklärte, daß es nur ein „humbug" gewesen sei,—und somit bewiesen hat, daß er bereit ist des Landes Wohl für seine Partei aufzuopfern. Nein, eine solche Person können wir, aus den angegebenen, so wie aus andern Ursachen, zu zahlreich anzuführen,—nicht für eine solche verantwortliche Stelle unterstützen.

Beschlossen—Daß wir die Stelle eines Canal-Commissioners dieses Staats als eine sehr wichtige für die Taxbezahler ansehen, da in dem Canalboard durch Pünktlichkeit und Treue denselben sehr viel erspart werden kann.

Beschlossen—Daß wir gerechte Ursache haben um uns über das jetzige Canalboard, zusammengesetzt durch unsere Gegner, zu beklagen. Dasselbe ist seinen Pflichten zu einem großen Belauf nicht nachgekommen. Dasselbe hat ohne Autorität Arbeit unter Contrakt gegeben, blos um bei nächster Wahl Stimmgeber unter sich zu haben, um die Wahl zu tragen. Dasselbe hat die letzte Gesetzgebung versichert, es könne ein gewisses Staatswerk für $50,000 verkaufen, ließ aber dasselbe an etwa $12,000 ab, nachdem man ihm das Recht zum Verkauf gestattet hatte. Dasselbe ist darin ertappt worden, gewisse Politiker mit freien Tickets zu versehen, wodurch sie schon manchen Thaler aus der Schatzkammer gehalten haben. Kurz, bei aller und jeder Gelegenheit haben sie gesucht so viel als möglich das Geld aus der Schatzkammer zu halten, blos um Johnsten daran zu verhindern, mehr von der Staatsschuld abbezahlen zu können.

Beschlossen—Daß wir glauben daß dieses Board aus Mitgliedern beider Parteien bestehen sollte, wodurch dann den politischen Betügereien Schranken gesetzt wären.

Beschlossen—Daß wir in die Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit des Achtb. John Strohm, des praktischen Lancaster Caunty Bauers, und in seine Fähigkeiten zur Ausübung der schweren und verantwortlichen Pflichten eines Canal-Commissioners, das höchste Zutrauen setzen — und daß wir uns hiermit ihm und den Whigs von Pennsylvanien verpflichten, unser Möglichstes zu seiner Erwählung beizutragen.

Beschlossen—Daß sollte er erwählt werden, dem „Freien Ticket" Betrug und der unnöthigen Verschwendung auf einmal Einhalt gethan sein würde; und nur zum allgemeinen Wohl würde er diese Stelle vertreten, —denn was immer noch John Strohm anvertraut war, war einem Mann anvertraut, der das Herz auf dem rechten Flecken hat, und noch nie hat er seine Constituenten, in Bezug auf Treue, Pünktlichkeit und Rechtschaffenheit, in ihren Erwartungen getäuscht.

Beschlossen—Daß unser Gefühl dahin geht, daß die Supriem-Richter Wahl nicht hätte zu einer Parteifrage gemacht werden sollen; indem es möglich ist, daß dadurch zuweilen Männer dahin erwählt werden, deren Parteilichkeit und allgemeines Betragen uns unser Recht gefährden kann.

Beschlossen aber—Daß, da unsere Gegner mit ihrer Convention uns vorangeschritten sind und lauter ihrer Partei anhängige Männer als Candidaten ernannt haben, so blieb der Whig-Convention kein anderer Weg übrig, als dem Beispiel derselben in dieser Sache zu folgen und ebenfalls ein volles Ticket aufzunehmen.

Beschlossen—Daß wir völliges Zutrauen in die Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Treue und Unparteilichkeit von Richard Coulter, Joshua W. Comly, George Chambers, William M. Meredith und William Jessup, die durch die Whig-Convention zu Lancaster ernannten Candidaten für die Supriem Richterbank, haben, und daß wir ihnen unsere ungetheilte Unterstützung zukommen lassen wollen.

Beschlossen—Daß, so unvermeidlich auch Parteigeist in einer freien Republik sein mag—wenn derselbe jedoch einen solchen Einfluß erlangt, daß das Vaterland der Partei hintenan gesetzt wird — daß keine Endzwecke, als Partei-Endzwecke, und kein Leb, als Parteileb gesucht wird — daß weder Vorwurf noch Schande gefürchtet wird, um nur keine Partei-Unzufriedenheit zu erregen, — dann wird es zur Pflicht aller patriotischen Bürger, die Handlungen der Parteiführer mit Argwohn zu bewachen, um ihre Pläne zur Gewalt und politischen Erweiterung zu vereiteln.

Beschlossen—Daß sich unsere Gegner am letzten Samstag unwidersprechlich zu Gunsten einer Vermehrung der Staatsschuld ausgedrückt haben; indem sie in einem Beschluß die Laufbahn ihrer Repräsentanten Laury und Lilly in der Staatsgesetzgebung billigen, — da es doch bekannt ist, daß jene Herren für Verwilligungen gestimmt haben, welche, wären dieselben zum Gesetz geworden, den Staat wieder etwa eine halbe Million Thaler tiefer in Schulden gestürzt haben würden.

**Beschloss